

5. Ursachen des Mauerbaus



Der Sowjetunion gilt das freie West-Berlin als ein "Splitter", der aus dem Herzen des "sozialistischen Europas" entfernt werden muss. Am 27. November 1958 stellt der sowjetische Partei- und Staatsführer Nikita Chruschtschow ein Ultimatum auf: Falls die Westmächte nicht innerhalb von sechs Monaten in Verhandlungen über einen Friedensvertrag und die Umwandlung West-Berlins in eine "Freie Stadt" träten, werde die Sowjetunion einen einseitigen Friedensvertrag mit der DDR abschließen. Sie werde darin alle sowjetischen Rechte und Verantwortungen gegenüber Berlin an die DDR-Regierung abtreten - insbesondere die Kontrolle der Verbindungswege zur Bundesrepublik zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft.



Das Ultimatum läuft darauf hinaus, den Viermächte-Status der Stadt aufzukündigen, die Westmächte aus West-Berlin zu vertreiben - und die Fluchtbewegung zu unterbinden. Doch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich geben dem Druck nicht nach. Zur Enttäuschung der SED-Führung setzt Chruschtschow sein Ultimatum mehrfach aus. Der sowjetische Parteiführer scheint vor der angekündigten Konfrontation und ihren unwägbareren Folgen zurückzuschrecken, die das Risiko eines Atomkrieges mit den Vereinigten Staaten bergen. Im Frühjahr 1961 verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage der DDR rapide, die Versorgungsprobleme nehmen zu - und der Strom der Flüchtlinge wird stärker. Die DDR steht vor dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch. Ulbricht drängt auf einschneidende Maßnahmen, Chruschtschow jedoch mahnt immer noch zur Zurückhaltung. Entscheidungen sollen erst nach seinem Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien getroffen werden.

Der sowjetisch-amerikanische Gipfel nimmt einen frostigen Verlauf. Chruschtschow wiederholt sein Ultimatum, setzt eine neue Frist bis zum Jahresende 1961. Kennedy weist das Ultimatum zurück, warnt vor einem bevorstehenden "kalten Winter". Sogar von Krieg ist die Rede. Der amerikanische Präsident reagiert auf die Drohungen Chruschtschows entschieden: Er kündigt eine massive Erhöhung der Rüstungsausgaben und die Entsendung von sechs zusätzlichen US-Divisionen nach Europa an.

Die entschiedene Haltung der Vereinigten Staaten und die akute Gefährdung der Existenz der DDR im Sommer 1961 veranlassen Chruschtschow, von seinen weitergehenden Zielen Abstand zu nehmen und statt dessen der Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin zuzustimmen. Im Juli 1961 leitet die SED-Führung unter größter Geheimhaltung konkrete militärische und technische

Vorbereitungen zur Grenzschießung ein. Weniger als einhundert Funktionäre aus dem Partei-, Staats- und Militärapparat sind bis zum Abend des 12. August 1961 in die Pläne eingeweiht.

- [Fluchtbewegung aus der DDR und dem Ostsektor von Berlin - Juni bis August 1961](#)
- [RIAS-Bericht über die Versorgungslage in der DDR, 29. Juni 1961](#)
- [Niederschrift der Unterredung N. S. Chruschtschows mit J. Kennedy, 4. Juni 1961 \(Teil 1\)](#)
- [Niederschrift der Unterredung N. S. Chruschtschows mit J. Kennedy, 4. Juni 1961 \(Teil 2\)](#)
- [RIAS-Mitschnitt der Rundfunk- und Fernsehansprache von US-Präsident John F. Kennedy zur sowjetischen Berlin-Politik am 25. Juli 1961](#)